

Finanzbedarf im Zusammenhang mit der Ausbreitung des CORONA-Virus

Fachbereich	Maßnahmen	Vorauss. Kosten/ Mindererträge	Kostenerstattung	Bemerkungen
III	zusätzliche Ausstattung und Ertüchtigung Station UA im Rheinlandklinikum KKH GV und Personalgestellung durch Malteser	10.000		
II	Aufbau zusätzlicher stationärer Behandlungseinrichtung	1.345.700		Betten, Matratzen und Nachttische: 884.700 EUR Miete: 225.000 EUR Kosten zur Vorbereitung der geplanten Inbetriebnahme: 236.000 EUR
40	Mit Mehraufwendungen im Bereich Kultur durch die Corona-Pandemie wird voraussichtlich bei der Musikschule zu rechnen sein, da bei ausgefallenem Musikschulunterricht ggf. ein Erstattungsanspruch besteht (ca. 72 T€) Mindererträge aufgrund Schließung und Veranstaltungsausfällen bei den Museen (ca. 21 T€)	95.000	72.000	Kosten abhängig von den durchgeführten Unterrichtsstunden im Musikschuljahr. Fördermittel noch nicht geklärt.
65	Schutzausrüstung (PSA), Desinfektionsmittel etc.; insbes. persönl. Schutzausrüstung für den RD und weitere Einrichtungen für die kritische Infrastruktur	1.005.815	300.000	Refinanzierung Anteil Rettungsdienst
65	tägliche Desinfektion der Handkontaktflächen in den Verwaltungsgebäuden und in den Schulen	100.000		
Dez. VI	nichtärztliches Personal in den Testzentren und Diagnosezentren	65.000		Personalaufwand für 6 Wochen
ZS 4	Kosten Hardware, VPN Zugänge für mobiles Arbeiten etc. Telefone, Handys, iPads etc.	266.133		Beschaffung erfolgt auch für den zukünftigen Bedarf der Verwaltung
Zwischensumme		2.887.648	372.000	

Fachbereich	Maßnahmen	Vorauss. Kosten/ Mindererträge	Kostenerstattung	Bemerkungen
<u>nachrichtlich:</u>				
32	zusätzliche Rettungsmittel Stufe 3 Notfallplanung	470.000	470.000	bis einschl. Mai Aufwand wird über RD-Gebühren kompensiert
51	Die Elternbeiträge für die Monate April und Mai werden erstattet	740.000	740.000	entsprechende Erlasse MHKBG / Anteil Land NRW 50%
	Zwischensumme	1.210.000	1.210.000	
	Gesamtsumme	4.097.648	1.582.000	

Stand: 05.05.2020

Anmerkung:

Die Erfassung der Daten für den Finanzbedarf wird fortlaufend aktualisiert.

Dies gilt insbesondere auch für die Geltendmachung von Erstattungsansprüchen.
Seitens der kommunalen Spitzenverbände sollen hierzu auch Gespräche/Verhandlungen mit dem Land zum Ausgleich der coronabedingten Finanzschäden geführt werden.